

SP will mehr Engagement

ITTIGEN Mit einer Unterschriftensammlung bittet die SP den Gemeinderat, sich tatkräftig für die hier lebenden Flüchtlinge zu engagieren.

Bis zu 100 Asylsuchende leben in der Notunterkunft im Ittiger Eyfeld. Der Gemeinderat hat den Mietvertrag mit dem Kanton unlängst um ein weiteres Jahr verlängert, und die örtliche SP stellt fest: «Der Betrieb verläuft nahezu reibungslos.» In der Bevölkerung sei kaum Opposition gegen die Unterkunft spürbar – «aber leider auch wenig Interesse» für die Flüchtlinge. Engagieren würden sich vor allem die Kirchen und das Gemeinschaftsatelier Gestalt, das Deutschkurse und eine Velowerkstatt anbietet.

Die Sozialdemokraten lancieren deshalb die Petition «Miteinander statt nebeneinander». Sie stellen verschiedene Forderungen: Der Gemeinderat solle aktiv Wohnungen für die anerkannten Flüchtlinge suchen und dem Gemeinschaftsatelier Gestaltung, das am bisherigen Standort ausziehen musste, bei der Suche nach einer anderen Liegenschaft helfen. Zudem solle die Gemeinde nötigenfalls Schulzimmer für Deutschkurse zur Verfügung stellen und die einheimischen Vereine motivieren, einen Beitrag zur Integration der Asylbewerber zu leisten.

Die Unterschriftensammlung dauert bis Ende Mai. Anfang Juni will die SP die Petition einreichen, wie Parteipräsident Daniel Pulver mitteilt. *maz*

100 Kunststoffköter schleichen sich am Denkmalpfleger vorbei

BERNER ALTSTADT Hundert Plastikhunde sollen im Sommer 2017 Touristen in die Stadt Bern locken. Die sonst so pingelige Denkmalpflege wusste bisher jedoch nichts vom Projekt BernARTiner.

Der Denkmalschutz in der Stadt Bern ist streng. Es gibt viele Vorschriften dafür, was in der Altstadt stehen darf und was nicht. In den Leitlinien wird beispielsweise geregelt, dass Gegenstände den Fuss- und Fahrverkehr nicht behindern dürfen, dass sie ausserhalb der Betriebszeiten in einem privaten Raum verstaut werden müssen und auch dass die Sonnenschirme auf den Terrassen nicht zu bunt oder zu gross sein dürfen.

Bereits mehrere Betriebe bekamen diese Regeln zu spüren: Das Gürtelgeschäft Streetbelt etwa musste eine Lichtprojektion seines Logos abstellen, und im Januar verbot man dem Optikergeschäft Bärtschi, einen rostigen Metallbären aufzustellen (wir berichteten). Auch als die Stadt 1998 Abfalleimer in Bärenform aufstellen wollte, die beim Einwurf von Müll ein Rülpsgeräusch von sich gaben, war die Denkmalpflege nicht begeistert.

Denkmalpflege übergangen

Und nun das: Im Sommer 2017 will die Stadt mit hundert bunten



Hundert BernARTiner sollen die Touristen nach Bern locken. Sie könnten ähnlich umstritten sein wie die Rülpsbären 1998 (rechts).



BernARTiner/Sandra Blaser

Bernhardinern Touristen anlocken. Der Verein «Bern gestaltet», welcher eigens für das Projekt BernARTiner gegründet wurde, will die Hunde in der ganzen Stadt verteilen (siehe gestrige Ausgabe).

Weil diese Figuren aus Kunststoff sind und gemäss den städtischen Richtlinien auch «unbedeckte Vollkunststoffmöbel» ausserhalb der Geschäfte verboten sind, könnte man annehmen, dass auch die Kunststoffköter von der Denkmalpflege mit Vor-

schriften belegt werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bisher wurde die Denkmalpflege noch gar nicht über die BernARTiner informiert. Leiter Jean-Daniel Gross war dementsprechend überrascht, als ihn diese Zeitung kontaktierte: «Weil wir noch nicht involviert wurden, können wir dazu nichts sagen.»

Sammelpunkte für die Hunde

Nun stellt sich die Frage, wie sich ein solch grosses Projekt un-

beischieben konnte. Pascal Schütz, Mediensprecher des Vereins «Bern gestaltet», erklärt: «Momentan widmen wir uns primär dem Verkauf der Bernhardiner. Trotzdem sind wir im Gespräch mit Sicherheitsdirektor Reto Nause, um die Standortfrage in einem späteren Schritt zu klären.» Die Stadt bestätigt: «Das Polizeiinspektorat steht als Bewilligungsbehörde mit der Projektleitung in direktem Kontakt.»

Geplant ist, dass die Hunde entweder direkt bei den Käufern

oder aber auf Sammelstandorten im öffentlichen Raum unterkommen. Sobald mögliche Standorte definiert seien, werde mit weiteren Stellen wie etwa der Denkmalpflege Kontakt aufgenommen. Falls eine Firma ihren Hund ausserhalb des Betriebs platzieren wolle, müsse sie sich selbst um eine Bewilligung bei der Denkmalpflege bemühen, heisst es. Spätestens dann wird Jean-Daniel Gross die Bernhardiner kennenlernen.

Sheila Matti

Im Elektroauto zur Gemeinderatssitzung

MÜNSINGEN Fünf Gemeinderäte haben in der letzten Woche Elektroautos getestet. Die Bilanz fällt von links bis rechts einheitlich aus.

Mittwochmorgen, Bahnhofparkplatz Münsingen. Nach und nach treffen alle sieben Münsinger Gemeinderäte ein. Bald findet eine Sitzung statt. Aber zuvor wollen sie den Medien noch kurz von ihren Erfahrungen mit Elektroautos berichten.

In Bern, Köniz, Burgdorf und Münsingen finden demnächst Aktionstage zur «Energiewende» statt. Die Aaretaler Gemeinde nimmt dies zum Anlass dafür, die erste öffentliche Elektrotankstelle einzuweihen. Sie befindet sich beim Bahnhof, wo ebenso ein Mobility-Elektrofahrzeug zur Verfügung steht. Der Strom ist kostenlos und stammt zu hundert Prozent von der gemeindeeigenen Fotovoltaikanlage.

Im Hinblick auf den Aktionstag testeten nun fünf Gemeinderäte während einer Woche verschiedene Modelle. Ihre Urteile: «Vom Handling bin ich positiv über-



Mit Elektroautos unterwegs: Die Münsinger Gemeinderäte. *Urs Baumann*

rascht, aber die Reichweite mit 120 Kilometern ist einfach zu gering», sagt etwa Reto Gertschen (SVP). «Auf längeren Strecken muss man überlegen, wo man tanken will», fügt Rosmarie Mürner (SP) hinzu. Gemeindepräsident Beat Moser (Grüne) fuhr hingegen Wagen mit etwas mehr Reichweite – 220 Kilometer: «Das Auto ist bei Gemeindeangestellten erste Wahl.» Jakob Has-

ler (EVP) steuerte einen Hybridwagen: «Vom Umschalten von Elektro auf Benzin und umgekehrt merkt man absolut nichts, das hat mich überzeugt.»

Auch Marianne Mägert (Freie Wähler) rühmte den Komfort, meinte aber: «So ein Wägeli kostet rasch 30 000 Franken.» *rei*

Aktionstage: Informationen unter www.energiewende-erleben.ch

Es gibt keinen Plan B

KONOLFINGEN Die Projektgruppe Schulraumplanung präsentierte an einem Infoabend ihre Zukunftspläne. Es wird auf eine Zentralisierung gesetzt. Das passt nicht allen.

Das Wort «alternativlos» wurde in Deutschland 2010 zum Unwort des Jahres gekürt. Die damalige Jurybegründung: «Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gibt.»

In Konolfingen ging es am Dienstagabend nicht wie 2010 um die Eurorettung. Aber für die Gemeinde ist das Thema nicht weniger emotional: Wo sollen die Kinder in Zukunft in die Schule gehen?

Schule zentralisieren

Die zuständige Projektgruppe Schulraumplanung präsentierte der Bevölkerung ihren Plan A. Dieser sieht vor, die Schule rund um die heutigen Standorte Stockhorn, Kirchbühl und Stalden zu zentralisieren. Die beiden Schulen Gysenstein und Dorf würden wegfallen. Geplant ist ein Neu-

bau. Zahlen wurden explizit keine genannt.

Und einen Plan B? Diesen gibt es nicht. Dies, obwohl die Projektgruppe eine Alternative bei der ersten Info im Oktober 2015 noch in Aussicht gestellt hatte. Man sei zum Schluss gekommen, dass die Ausarbeitung einer zweiten Variante nichts bringen würde, so Ursula Steffen (SP), die im Gemeinderat fürs Ressort Bildung verantwortlich ist. Das hat seine Gründe. Die Projekt-

«Die Ausarbeitung einer zweiten Variante würde nichts bringen.»

Ursula Steffen (SP)

gruppe steht vor einer rechnerischen Knacknuss.

In Gysenstein schwanken die Kinderzahlen in den nächsten Jahren zwischen 13 und 17. Zu wenig für eine ganze Klasse. Rund ums Schulhaus Dorf schwanken die Zahlen zwischen 28 und 35

Kinder. Zu viele für eine, aber zu wenig für zwei Klassen.

Die Projektgruppe kam deshalb zum Schluss, dass eine zentrale Lösung die faireste Variante sei. Und sie würde allen Kindern dieselben Bildungs- und Entwicklungschancen ermöglichen.

Widerstand aus Gysenstein

Aber besonders in Gysenstein – gut 3,5 Kilometer vom Dorfzentrum entfernt – regt sich Widerstand. In den letzten Wochen sammelte die Interessengemeinschaft «Schule mitgestalten» in Form einer Petition Unterschriften. Sie will mitreden. Oder konkret: eine Lösung ausarbeiten, bei der Gysenstein seine Schule behalten kann. Man habe bereits 800 Unterschriften gesammelt, so IG-Vertreter Marc Zbinden. Zum Vergleich: Konolfingen hat 5172 Einwohner.

Noch steht kein konkretes Projekt. Eine Abstimmung ist erst für das Jahr 2018 geplant. Aber die Zeichen stehen auf Konfrontation. Die vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe scheint von ihren Argumenten überzeugt. Oder anders gesagt: Sie sieht ihr Projekt alternativlos.

Quentin Schlapbach

FRIDAY NIGHT Special

www.westside.ch

FREITAG, 29. APRIL 2016, 20.30 UHR IM WESTSIDE – MIT AUTOGRAMMSTUNDE!

JAËL LIVE!

westside
bern brünnen

Bunt wie das Leben